Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg. | Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postbestellgebühr. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungslage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. | Leipzig, den 24. Oktober 1922 | Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 30 Mk. Rabatt wird nicht gewährt. | Nr. 124

Bekanntmachung

Für den **3. und 4. November** wird der Tarifausschuß nach Berlin, Vereinshaus Deutscher Ingenieure, Sommerstraße 4a, zu einer Verhandlung über den Gehilfenantrag:

Weitere Lohnerhöhung

einberufen.

Die Parteivertreter treten am 2. November zu ihren Sonderberatungen zusammen; am 3. November, morgens 10 Uhr, beginnt die Hauptverhandlung.

Eine besondere schriftliche Benachrichtigung der Mitglieder des Tarifausschusses erfolgt nicht. Mitglieder, die verhindert sein sollten, an der Verhandlung teilzunehmen, werden gebeten, dem Tarifamte unverzüglich davon Nachricht zu geben.

Berlin, 19. Oktober 1922.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Paul Winkler, Prinzipalsvorsitzender. — Robert Braun, Gehilfenvorsitzender.

Paul Schlicht, Geschäftsführer.

Rasendes Tempo der Verteuerung — Zunehmende Arbeitslosigkeit

Die Preishausse, wie im finanztechnischen Sprachgebrauch der kapitalistische Bacchantenzug unter Führung der großen und kleinen Dollarschieber heißt, nimmt immer tollere Formen an, greift immer härter ein in die Lebensführung der vielen Millionen von Deutschen, die ihre Existenz von dem nur langsam und ungenügend der pfeilschnell ansteigenden Verteuerung folgenden Lohn und Gehalt fristen müssen. Sie werden nun schon häufiger von dem noch größeren Elend der Arbeitslosigkeit erfaßt, weil mehr und mehr die Arbeitsgelegenheit infolge der außerordentlich hohen Produktionskosten zurückgeht, unter denen das Lohnkonto aber noch immer hinter andern Posten wesentlich zurückbleibt.

Wir Buchdrucker sind da wieder sehr übel daran, weil an Druckaufträgen stets zuerst und am meisten gespart wird und die Papierfabrikanten sich anscheinend zum Vorsatze genommen haben, die deutsche Presse durch Wucherpreise beträchtlich zu verringern, um am Auslandsgeschäfte, das schon sehr groß geworden ist, noch mehr zu verdienen. Hiergegen die maßgebenden Regierungsstellen mobil zu machen und sonst für Auftragsvermehrung tätig zu sein, muß Aufgabe aller sein, die in diesen Beziehungen nur irgendwie ein Wort mitzureden haben. Da Buchdrucker jetzt zahlreich alle möglichen Posten und Ämter bekleiden, so kann wohl erwartet werden, daß es zum mindesten an dahingehenden tüchtigen Bemühungen nicht fehlen wird. Wenn dann noch die Buchverleger ihre neue Preismethode (siehe darüber unter „Rundschau" in dieser Nummer) in einem langsameren Tempo durchführen, wenn die Zeitungsverleger die so gern betonte kulturelle Mission der Presse trotz allem vor die finanzielle Seite stellen — in benachbarten Städten mit fast gleichen Produktionsverhältnissen sind jetzt bisweilen nicht unerhebliche abweichende Preise wahrzunehmen —, wenn die Lohndrucker ihrer Vertretung zu verstehen geben, daß die Preistariferhöhungen in einem richtigeren Verhältnisse zu den Lohntariferhöhungen zu halten sind und bei diesen von Raten auch abzusehen ist, wenn weiter dem Reichspostminister allgemein bedeutet wird, doch seine scharf anspringenden Tariferhöhungen auch in ihren volkswirtschaftlichen Rückschlägen zu bedenken — dann können für uns Buchdrucker doch Tempo und Maß der Arbeitslosigkeit aufgehalten werden.

Wenn man den am 11. Oktober abgeschlossenen Bericht über den Arbeitsmarkt und die Wirtschaftslage im „Reichsarbeitsblatte" durchgeht, dann zeigt sich ein Umschwung zur Verschlechterung, der im Durchschnitte noch nicht stark ist, bis zum nächstmaligen Bericht aber schon größere Formen im allgemeinen angenommen haben wird, was jetzt bereits von einzelnen Gewerbezweigen gesagt werden kann. In der Eisen- und Metallindustrie ist im September die Ausfuhr zurückgegangen. Wegen Rohstoffmangel oder Fehlen von Aufträgen sind in einigen Distrikten Betriebseinschränkungen erfolgt. In der Maschinenbauindustrie zeigt die Lokomotiv- und Waggonfabrikation ungünstige Merkmale auf, auch mit dem Schiffbau steht es nicht gut. Die Uhrenfabriken haben wegen Materialmangel Schwierigkeiten. Die elektrische Industrie meldet wachsende Zurückhaltung der Käuferschaft, sowohl der behördlichen wie der privaten. In der Textilindustrie sind vielfach Stockungen im Bestellungseingang eingetreten. Kleine und mittlere Betriebe haben schon verschiedentlich Einschränkungen vorgenommen; sie sind in Rheinland, Westfalen, Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Berlin, Brandenburg, Hannover und Schleswig-Holstein anzutreffen. Im Bekleidungsgewerbe zeigte sich in der zweiten Septemberhälfte stärkerer Rückgang. Die Schuhfabriken klagen sehr, da der Einzelhandel infolge der hohen Preise bedeutend stockt; Einschränkung der Betriebe, Kurzarbeit und Entlassungen werden häufiger. Die handwerklichen Schuhmacher sind besser daran. Die Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist in fast allen Zweigen (Fischkonserven- und Obstkonservenfabriken bilden allein Ausnahmen) von dem Rückgange der Konjunktur am meisten betroffen. In der Brauindustrie hat der September eine nahezu völlige Stockung des Geschäfts gebracht; die kühle Witterung und die hohen Bierpreise haben zusammengewirkt. Die Berufsabwanderung ist bei den Bäckern bereits ziemlich ausgedehnt. Die Tabakindustrie zeigt zunehmende Verschlechterung und hat trübe Aussichten. Im Baugewerbe ist wegen ungünstiger Witterungsverhältnisse und fortschreitender Verteuerung der Baustoffe eine Abschwächung eingetreten. Die keramische Industrie berichtet über Nachlassen des Eingangs von Aufträgen; weitere Befürchtungen in größerem Umfange bestehen. In der Lederindustrie haben die außerordentlichen Preise für Häute und Leder zu einer noch nicht wesentlichen Abschwächung geführt. Die Filmindustrie weist steigende Verschlechterung auf. In den hier nicht genannten Industrien und Gewerben ist die Geschäftslage noch gut oder befriedigend. Die schlechteste Note mit erhält das graphische Gewerbe. Der Buchdruck findet besonders üble Vermerkung. In der Papierindustrie sei der Höhepunkt überschritten. Unsre Hauptverwaltung berichtet für den Juli 31541, für August 39990 arbeitslose Tage; für September wird sich größere Verschlechterung ergeben. In Zusammenfassung aller Industrien sind im September 51 Proz. der Betriebe gut, 32 Proz. befriedigend und 17 Proz. schlecht beschäftigt gewesen.

Es ist förmlich auffallend, wie in fast allen Einzelberichten die geldlichen Zustände Deutschlands eine große Rolle spielen. Da diese sich in den letzten Wochen noch rapid verschlechtert haben, und die Regierungsmaßnahmen gegen den volksmörderischen Devisenschwindel noch nichts genützt, auch die von den Banken bis zum Exzeß gezüchtete Spekulation dadurch noch keine Beeinträchtigung erfahren hat, so wird sich die Auswirkung auf die Arbeitslosigkeit wohl noch größer und schneller zeigen, als nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge angenommen zu werden brauchte.

Der Tanz um das goldene Kalb kann auch von außenher, durch den nun doch eingetretenen Rücktritt des englischen Premierministers Lloyd George, dem allein noch gefürchteten Gegenspieler des reparationstollen Poincaré, starken Antrieb erhalten. Von innenher ist er schon zum wilden, ehrlosen Apachentaumel geworden. Der 9. Oktober brachte die erste Überschreitung des Dollarstandes von 3000, am 20. Oktober stieg die Schwindelkurve morgens auf 3475 M., nachmittags gar auf 3820, um dann mit der amtlichen Notierung von 3551 M. abzuschließen. Am 21. Oktober aber raste der Dollar noch höher: 4300! Das ist ein Hohn auf die von der Reichsregierung endlich in Angriff genommenen Maßnahmen gegen die bis zur Blutleere gehende Aussaugung des Volkes durch eine Anzahl eifriger Überverdiener, aber es ist traurige Tatsache. Der Reichswirtschaftsminister Schmidt hat sich gegen den Reichsfinanzminister und gegen den Reichsbankpräsidenten durchgesetzt, er muß auch noch andre Widerstände in der Regierung überwinden und stärkere Saiten aufziehen, sonst wird es noch immer nichts. Der Reichsernährungsminister ist von der Wahrnehmung allgemeiner Volksinteressen auch ziemlich entfernt, aber für die von den Agrariern geforderte Verdreifachung des Getreidepreises ist er glatt zu haben. Wenn jetzt sogar von der bayerischen Regierung Forderungen nach Berlin gerichtet worden sind, die zum Teil ganz brauchbare scharfe Maßnahmen gegen die überhandnehmende Teuerung darstellen, Sachsens und Thüringens Regierungen damit also nicht mehr alleinstehen, dann muß doch in Berlin endlich mehr Entschlußkraft aufgebracht werden! Mit ironisierenden Bemerkungen des Reichskanzlers über den „Segen" der freien Wirtschaft und mit seiner Klage, im deutschen Volke sei die Moral zum Teil so gelockert, daß die Rückkehr zur Zwangswirtschaft auch in beschränktem Maße nicht möglich erscheint, ist gar nichts getan. Die Volksmasse darf nicht noch tiefer in das Elend geraten, indes der weitere Marksturz und die exzessiven Wucherpreise für nicht wenige zu einer immer kräftiger fließenden Verdienstquelle werden. Der nun wieder versammelte Reichstag hat die Regierung zu unterstützen oder zu treiben, damit die Währungszerrüttung nicht noch weitergeht und nicht noch zu völliger Wirtschaftszerrüttung führt. Das Volk verlangt mehr Initiative und Tatbereitschaft gegen den inneren Feind von seinen Vertretern!

Darüber, über das wüste Treiben des inneren Feindes, kann in diesem Zusammenhange nicht näher gesprochen werden. Das muß einer speziellen Behandlung noch vorbehalten bleiben. Die Börsenstürme in den deutschen Großhandelsplätzen am 20. Oktober, die eine panikartige Flucht aus der deutschen Mark darstellen, der am gleichen Tag im Reichstage bekanntgewordene Attentatsversuch auf den Reichskanzler Dr. Wirth von reaktionärer Seite, die Lehren des Rathenau-Prozesses vor dem Reichsgericht und der aus Bayern soeben bekanntgewordene Justizskandal (Fechenbach-Prozeß) gegen drei linksstehende Journalisten, das und noch vieles andre — nicht am wenigsten der immer üppiger werdende Übermut des Händlertums — sind gar deutliche Merkmale von der Regsamkeit und Gefährlichkeit des inneren Feindes, d. h. der politischen und der wirtschaftlichen skrupellosen Reaktion.

Hier kann in der Hauptsache nur dargetan werden, zu welcher Gefahrenzone für das Allgemeinwohl die Verteuerung schon angewachsen ist. Die Reichsindexziffern (Durchschnitt von 71 Städten, wovon Aachen mit 11892 an erster und Marienwerder mit 8334 an letzter Stelle) nahmen mit dem Februar 1920 ihren Anfang, und zwar mit der Zahl 623. Im April betrug der Index 836, im Juli 842, im Oktober 827; im Januar 1921 war er 924, im April 894, im Juli 963, im Oktober 1146; im Januar 1922 wies er die Zahl 1640 aus, im April 3175, im Juli 4990, August 7029 und im September 11376. Das ist jedesmal der Mindestaufwand einer Familie von fünf Köpfen lediglich für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung im Zeitraume von vier Wochen. Von Juli 1922 ab geht es also im Galopp aufwärts, wie die Mark sich seitdem auf der Rodelfahrt befindet. Die Teuerung schreitet aber auch dann unaufhaltsam vorwärts, wenn der Marksturz sich einmal kurze Atempausen gestattet. Darin dokumentiert sich eben der grenzenlose Betrug am Volk erst richtig. Die gesamten Lebenskosten bewegen sich ebenfalls im Eilzugstempo vorwärts. Bei der Bekleidung kommt jedoch der beste Schnellzug nicht mit. Da stellt das Statistische Reichsamt für September eine Verteuerung gar um 106,8 Proz. gegenüber dem August fest. Unter Einschluß der Bekleidungsausgaben erhöht sich der schon mitgeteilte

Septemberindex auf 13319. Der eigentliche Reichsindex kann schon über den September hinaus ungefähr ermittelt werden, wenn man mit der auf gleicher Grundlage basierenden Teuerungszahl 1 des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig weiterrechnet. (Teuerungszahl 2 und 3 sowie die Gesamtzahl werden in Leipzig nur monatlich festgestellt.) Der 4. Oktober als Stichtag ergab 12201 M., der 11. Oktober 14199 M. und der 18. Oktober 16928 M. Und das bei nach unten neigender Berechnung für nur vier Ausgabepositen! Was soll da werden, wenn die Blütenträume namentlich der mit Lebensmitteln schacherenden Zeitgenossen doch noch zum Reifen kommen? Was hört man nicht für schwindelnd hohe Zahlen, die so um Weihnachten herum üblich sein sollen? Steigen nicht auch die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung viel schneller und stärker als Lohn und Gehalt?

Die Großhandelsindexziffer der „Frankfurter Zeitung" zeigte am 6. Oktober eine Steigerung auf das 440,9fache der Friedenspreise von 98 Waren. Die mit nur 44 Waren rechnende „Industrie- und Handelszeitung" stellte für die Woche vom 30. September bis 6. Oktober eine 418,6fache Erhöhung fest. Tatsächlich geht es also schon auf die 500fache Verteuerung zu.

Wie die Preise im Kleinhandel klettern, darüber konstatiert die amtliche Halbmonatsschrift „Wirtschaft und Statistik" unter Hervorhebung der starken Einführung der ja schon bis zum Erzschwindel ausartenden Wiederbeschaffungskosten, daß vom August zum September in 18 Städten unter 18 Lebensmitteln die Preise für Hülsenfrüchte, Reis, Butter, Margarine, Schellfisch auf das Doppelte, vereinzelt sogar bis an das Dreifache gestiegen sind.

Dieses Tempo in einem Monat ist schon verallgemeinert, wie an nur einigen Leipziger Markthallenpreisen für mittlere Qualitäten über einen Zeitraum von zwei Wochen gezeigt werden soll. Es kostete am 7. Oktober ein Pfund Butter 400 M., am 20. Oktober aber 520 M., Margarine 200 bzw. 360 M., Fett 370 bzw. 520 M., Kaffee 550 bzw. 750 M., Rindfleisch 160 bzw. 200 M., Schweinefleisch 300 bzw. 360 M., Kalbfleisch 160 bzw. 200 M., gewöhnliche Wurst 300 bzw. 400 M., Kartoffeln 5,50 bzw. 7,50 M., grüne Bohnen 22 bzw. 32 M., markenfreies Brot 32 bzw. 65 M., ein Liter Milch 38 bzw. 51 M., ein Ei 24 bzw. 34 M., eine Zitrone 12 bzw. am 20. Oktober 16 M. Diese Preissprünge besagen, daß für die nur 14 Artikel, die man in den Stadtgeschäften übrigens durchweg teurer kauft, am 7. Oktober 2573,50, am 20. Oktober aber 3515,50 M. angelegt werden mußten. Die Leipziger Zahlen sollen jedoch nicht maßgebend sein, es gibt noch teurere Orte, wir können aber nur nicht so schnell von dort zahlenmäßige Auswelle erlangen. Nun überfrage man die Auswirkung dieser Verteuerung in so kurzer Zeit von nur ganz wenigen Artikeln auf alle Lebensnotwendigkeiten und mache sich eine Vorstellung, wie nach allen Anzeichen und unter den Einwirkungen der politischen Ereignisse das Teuerungstempo in den nächsten Tagen und Wochen sich weiter gestalten wird! Mit Grauen ist nur daran zu denken und an den so früh schon hereinbrechenden Winter im besondern noch.

Die Lohnabkommen können also unter diesen Umständen gar nicht mehr für einen Zeitraum von vier Wochen Festlegung finden. Das darf nicht wieder auf dem Vereinbarungswege und nicht durch Schiedssprüche der Schlichtungsausschüsse geschehen. Hat die Stabilisierung der Mark einmal greifbare Gestalt angenommen, so ist es etwas andres. Die Lohnverhandlungen hängen ja schon jedem Beteiligten zum Halse heraus, und so lange die Teuerung nicht eingedämmt werden kann, ist ja auch mit dem Tempo der Lohnerhöhungen wie bei uns und im ganzen graphischen Gewerbe wirklich nicht groß etwas erobert. Aber sie sind doch noch ein annehmbares Schutzmittel gegen das Tempo der Verelendung. Auf der einen Seite anschwellende Arbeitslosigkeit und auf der andern relativer Lohnrückgang, das kann es allerdings nicht geben!

An der Spitze dieser Nummer gibt das Tarifamt die nächste Tarifausschußsitzung bekannt. Eine ordnungsgemäße Handlung. Der Prinzipalsseitung ist aber sach- und pflichtgemäß durch unsern Verbandsvorstand in ernsten Vorstellungen Gelegenheit gegeben worden, so oder so vorher noch zu einem Auswege zu kommen. Die von den Faktoren jetzt gemachte Erfahrung läßt große Hoffnung ja nicht zu. Aber es besteht ein Unterschied. Das Wort von der Schicksalsgemeinschaft könnte nun lebendigen Inhalt erhalten, wenn es mehr sein soll als eine Phrase von leitender Prinzipalsseite. Und dann meinen wir, daß man schon sehr töricht sein müßte, den aus bestimmtem eignen Interesse zum direkten Vertragspartner begehrten Teil kurz vor der offiziellen Werbung noch gründlich vor den Kopf zu stoßen. Zumal bei solchem offenkundigen Notstande, der sogar den Schlichtungsausschuß im Reichsarbeitsministerium dagegen Verwahrung einlegen ließ der Vertretung unsrer Unternehmerschaft gegenüber, daß die Buchdrucker weit schlechter bezahlt werden sollten als die meisten der übrigen Arbeiter. Es kann gewiß bis zum 3. November noch Rat geschaffen werden. Mit einer Vordatierung der zweiten Rate geht es ja nicht mehr, aber mit früher gelegter Beratung des Tarifausschusses oder mit freiwilliger sofortiger Erhöhung der zweiten Rate, die es künftig auch nicht mehr geben sollte, sind noch Reparationen in besserem Sinne als dem durch Poincaré landläufig gewordenen möglich. So würden andre Möglichkeiten entfallen, die bei solchem Teuerungstempo selbst übernatürliche Kraft nicht verhindern könnte.

„Die Illusionen sind verflogen"

In der vorletzten Nummer haben wir uns in einer Bilderreihe unter dem Titel „Vom andern Ufer" auch mit dem Konflikt zwischen dem Deutschen Buchdruckerverein und dem Deutschen Faktorenbunde beschäftigt. Seit Wochen verfolgen wir die Diskussion in dem Faktorenorgan und was die Versammlungsberichte darüber erbringen. Die Vertragsgemeinschaft mit der Prinzipalität einerseits wie die Organisationsfrage anderseits gerieten in ein schneller und unruhiger fließendes Fahrwasser. Die Lage der Faktoren fand immer trübere Schilderung. Vor fünf Wochen wurde in einem offiziellen Artikel konstatiert, daß die Gehilfenschaft bei der 65fachen Steigerung ihres Friedenslohns noch nicht in der Lage sei, sich wirtschaftlich behaupten zu können, die Faktoren mit einer wenig mehr als 40fachen Gehaltserhöhung wären vollends in das Hintertreffen geraten. In der gleichen Auffassung der Dinge in unserm Gewerbe, wie wir sie haben und öffentlich vertreten, wurde weiter gesagt, daß durch die „freizügige Willkürwirtschaft einer Gruppe gewaltiger Lieferanten unsres Gewerbes" nun „die Lebensfähigkeit zahlreicher Betriebe gefährdet und die Zahl der überschüssigen Arbeitskräfte im Gewerbe im gewaltigen Ansteigen begriffen ist"; nicht nur kleine Zeitungen und Fachzeitschriften würden zusammenbrechen, sondern auch bedeutende Unternehmen dürften auf der Strecke liegen bleiben. Das ist genau das, was wir in der vorigen Nummer der „Zeitschrift" als Folge der allgemeinen Wucherei vor Augen geführt haben, was sie vor Wochen selbst so erkannte, was aber nun mit einem Male nicht mehr gelten soll; jetzt soll vielmehr die Gehilfenschaft und ihre Führer mit ihrer „steten Forderung nach neuen Lohnerhöhungen" die Produktion gefährden. Ganz richtig meint das Faktorenorgan im weitern:

> Die vermutliche Folge wird der Versuch auf Arbeitgeberseite sein, durch vorübergehende, teilweise oder gänzliche Schließung der Betriebe sich vor allzu großen Verlusten zu schützen. Die Dinge liegen so, daß man jetzt versuchen wird, den Angestellten und Arbeitern, die in guten Zeiten niemals bei der Verteilung der Gewinne zugegen waren, die Hauptlasten der Verluste aufzubürden.

Vier Wochen nach dieser Voraussage hat die „Zeitschrift" tatsächlich einen solchen Versuch unternommen.

Über den Ausgang des für den Faktorenbund eigenartigen Schrittes (Anrufung des Reichsarbeitsministeriums) berichtete nun das Faktorenorgan am 20. Oktober. „Die Illusionen sind verflogen", beginnt die Schilderung der resultatlos verlaufenen Schlichtungsverhandlungen. Immer sei man für friedliche Verständigung gewesen, habe sich krampfhaft an die alte Tradition geklammert und niemals den Krieg gewollt — nun sei man plötzlich in höchster Not und aus Gründen der Selbsterhaltung in die Abwehrstellung gedrängt". Der Hergang des Zusammenbruchs der Illusionen ist folgender: Eine Woche nach dem Scheitern der Verhandlungen im Hauptausschusse der Vertragsgemeinschaft in Leipzig haben im Reichsarbeitsministerium neue Verhandlungen stattgefunden. Nach knapp zwei Stunden habe Geheimrat Wulff als Vorsitzender die Unmöglichkeit einer Verständigung feststellen müssen. Die Prinzipalität habe zwar durch eine Bekanntmachung die Notwendigkeit gewisser Änderungen in der Faktorenbesoldung anerkannt, verbindliche Abmachungen könne sie aber nicht treffen, weil der abgeschlossene Reichstarif bis zum 31. März 1923 Gültigkeit besitze. Das Reichsarbeitsministerium könne nach dem bestehenden Tarifrechte Zwangsmittel nicht anwenden, auch ein Schiedsspruch käme nicht in Betracht, da die im vorliegenden Falle notwendige Zustimmung beider Vertragskontrahenten fehle.

Wie der DBV. mit Hilfe des formalen Rechtes vor dem Reichsarbeitsministerium durchgekommen ist, schildert die „Graphische Welt" etwas näher: Alle Begründungen und Proteste der Faktorenvertreter hätten nichts genützt. Die wohlwollenden Ermahnungen des unparteiischen Vorsitzenden, den für die Ordnung in den Betrieben eine große Verantwortung tragenden Geschäftsvertretern doch größeres Entgegenkommen zu beweisen und ihnen die Existenz zu erleichtern, „scheiterten an dem steilen Felsen des formalen Rechtsstandpunktes, hinter den sich der Partner in erbarmungsloser Gleichgültigkeit zurückzog". Es sei „grausam, aber unumgänglich notwendig", offen auszusprechen, daß eine feste Normierung der Ausgleichszulagen für die Dauer des Reichstarifvertrags auch aus dem Grunde angeblich nicht vorgenommen werden könne, „weil dann auch alte, nicht mehr voll erwerbsfähige Faktoren darauf Anspruch haben". Das Faktorenorgan nennt diese Begründung um so niederschmetternder, weil auch gesagt worden sei, „daß diese alten Arbeitsveteranen im Geschäftsbetriebe ja meistens mehr hindern als nützen sollen". Dazu erklärt die „Graphische Welt":

> Wir ersparen es uns, angesichts einer solchen — sozialen Gesinnung nur ein Wort der Erwiderung noch vorzubringen. Nur diejenigen, die um jeden Preis in einer Atmosphäre weltfremder Illusionen weiterleben wollen, werden solche Gedanken nicht zu deuten verstehen. Die andern aber, die werden mit straffer Hand den Schleier von ihrem Gesichte herunterreißen, und sie werden mit Eile aus ihrer falschen Ideenwelt hinabsteigen, um mit beiden Füßen schleunigst auf den Boden der nüchternen Tatsachen zu gelangen.

Die Illusionen in Faktorenkreisen sind also verflogen. Man ist nun auch der Ansicht, daß der im Frühjahr 1922 geschehene langfristige Vertragsabschluß ein faktischer Fehler war. Es werden nun wohl noch andre Fehler entdeckt und die Entzweiung unter den Faktoren als ein besonderer empfunden werden. Die Prinzipalsleitung hat den Faktoren gegenüber ja eine so unglückliche Taktik eingeschlagen, daß sie aus den Reihen ihrer Organisation wohl selbst Widerspruch und Widerstand finden wird. Aber zunächst liegt es an den Faktoren selbst, geschlossen zu beweisen, daß nun ein andrer Kurs gesteuert wird.

Die „Zeitschrift" (20. Oktober) nimmt in einem längeren Artikel Stellung zu diesen Differenzen, bringt eine ganze Anzahl von Liebenswürdigkeiten aus dem Faktorenorgan gegen die Prinzipalität, führt aber im ganzen eine gemäßigte Sprache.

Wenn wir zurückdenken, wie man dem Verband im Sommer 1918 sein Eintreten für die Faktorenschaft durch starke Brüskierung vor der Prinzipalsvertretung im Tarifausschusse dankte, dann sind die Illusionen auf Faktorenseite allerdings jetzt gründlich verflogen. Diese Konstatierung geschieht nicht aus Schadenfreude, sondern in der Erwartung der nun allgemeiner werdenden Erkenntnis, daß Faktorenschaft und Gehilfenschaft doch auf einem Ufer nebeneinander wohnen.

Vorständekonferenz

der Druckervereine (Maschinenmeister) des Kreises Berlin

Am 23. und 24. September fand in Frankfurt a. d. O. eine Vorständekonferenz statt. Vorsitzender Ludwig Keller eröffnete am 23. September, abends 7 Uhr, die Verhandlungen. Der Gesangverein „Typographia" (Frankfurt a. d. O.) begrüßte die Teilnehmer wirkungsvoll durch zwei Lieder. Der Vorsitzende dankte im Namen der Konferenz und begrüßte in üblicher Weise Delegierte und Gäste. Aus der Wahl des Bureaus ging u. a. Kollege Keller als Vorsitzender hervor. Er gedachte der im verflossenen Jahre verstorbenen Kollegen, deren Andenken die Versammlung in üblicher Weise ehrte. Nach Verlesung der eingegangenen Glückwünsche wurde in die Tagesordnung eingetreten, die folgende Punkte aufwies: 1. Bericht der Vereinsvorstände; 2. Bericht des Kreisvorstandes; 3. Die Leipziger Konferenz und ihre Beschlüsse (Referent: Kollege Keller); 4. Beitragswesen; 5. Der Wert unsrer Sonderbestimmungen im Tarif (Referent: Kollege Achermann); 6. Bestätigung des Kreisvorstandes; 7. Verschiedenes.

Der Vorsitzende bat, Punkt 5 der Tagesordnung in der anschließenden Druckerversammlung zu behandeln, um dieses wichtige Referat recht vielen Kollegen zugänglich zu machen. Nachdem dies gutgeheißen, erhielten die Vorsitzenden der Vereine das Wort, um einen Situationsbericht zu geben, dem in umfangreicher Weise nachgekommen wurde. Zusammengefaßt ergaben diese Berichte ein betrübendes Bild über die Lage unsres Gewerbes in puncto Beschäftigung, während in tariflicher und organisatorischer Hinsicht Besserungen zu verzeichnen sind. Schlecht bestellt sind auch allerorts die Kassenverhältnisse.

Sodann erstattete Vorsitzender Keller den Bericht des Kreisvorstandes. Die Ausführungen der Vorsitzenden hier hätten ergeben, daß allgemein die Tätigkeit des Kreisvorstandes anerkannt wurde. Wenn nicht alles so erledigt worden sei, wie es gewünscht wurde, so liege vieles an den mißlichen Finanzen. Von den Zuständen in Neudamm, Stettin und Zossen habe er mit Bedauern gehört. Wenn nicht alles trüge, gingen wir allerwärts im Buchdruckgewerbe einer schweren Krisis entgegen. Leider müsse der Vorstand mitteilen, daß dem Beschlusse der vorjährigen Konferenz, vierteljährlich die Berichte einzusenden, nur mangelhaft nachgekommen wird. Auch seien die im Kreise versandten Fragebogen gar nicht oder schlecht ausgefüllt eingegangen. Es sei die Einsendung notwendig, um die Sonderbestimmungen für Drucker im Tarif weiter ausbauen zu können. In der Beitragsfrage seien einzelne Vereine nicht den Pflichten nachgekommen. Die Regelung, wie sie in Berlin eingeführt ist, sei allen Vereinen zu empfehlen. Werbeversammlungen abzuhalten, war der Unkosten wegen nicht möglich, aus gleichem Grunde ist auch die Drucklegung des Protokolls der letzten Konferenz unterblieben. Der Vorsitzende ging nun auf die der Konferenz vorliegenden Anträge von Brandenburg und Neustrelitz ein. Der Antrag Brandenburg auf Streichung des Absatzes 4 des § 71 des Tarifs sei erledigt durch die Beschlußfassung der Leipziger Tagung. Der Antrag von Neustrelitz möge dem Vorstand als Material überwiesen werden. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende, auch in dieser schweren Zeit der Sparte treu zu bleiben.

Kollege Rusch gab bekannt, daß von 150 versandten Fragebogen nur 40 eingegangen seien. Er habe eine kleine Statistik ausgearbeitet, aus der hervorgeht, daß in diesen 40 Druckereien noch eine ganze Reihe von Kräften hätte eingestellt werden können unter voller Berücksichtigung des § 72 des Tarifs.

Kollege Daggesell gab den Kassenbericht; er nahm Bezug auf den gedruckt vorliegenden Bericht und erklärte weiter, daß die Beiträge nur sehr mangelhaft eingehen, teilweise heute noch fehlen. Der Kassenbestand einschließlich Vorschuß des Berliner Vereins beläuft sich auf 11838,45 M., hiervon sind noch die Beiträge an die Zentralkommission abzuführen, so daß, um die Unkosten der

Konferenz zu decken, sich ein Extrabeitrag notwendig mache.

Hierauf setzte eine rege Diskussion ein. Es wurde beantragt, gleich Punkt 6 zu erledigen. Dem wurde zugestimmt und einstimmig erfolgte die Bestätigung des Kreisvorstandes unter Anerkennung der Tätigkeit desselben.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen am zweiten Tage wurde zuerst der Punkt „Beitragswesen" zur Beratung gestellt. Hierzu lag ein Antrag vor, einen Extrabeitrag von 5 M. zu erheben, um die Unkosten der Konferenz zu decken. Nach ausgiebiger Diskussion wurde beschlossen, daß die auswärtigen Vereine den Beitrag erheben. Berlin zahlt seinen Anteil aus den laufenden Beiträgen. Dem Vorstande wurde Vollmacht gegeben, wenn nötig die Beiträge an den Kreis zu erhöhen oder auch gleitende Sätze einzuführen, wie ja auch die Zentralkommission dazu übergehen wird.

Dauf erhielt Kollege Keller das Wort zu seinem Referat, das er der vorgeschrittenen Zeit wegen leider kürzen mußte. Er bedauerte die Ablehnung des Antrags der Sparteneingliederung an den Verband, ging auf die Kreiseinteilung ein und begrüßte die Erweiterung der Zentralkommission um einen Rotationer. Den Beschluß, daß nur Verbandsmitglieder der Sparte angehören dürfen, hielt Redner für taktisch nicht ganz glücklich. Es wies darauf hin, daß gerade gute Kräfte in höhere Stellungen aufrücken und dann gezwungen seien, dem Werkmeisterverbande beizutreten (siehe Reichsdruckerei), womit auch ihre Kenntnisse der Sparte verlustig gehen. Aber auch die Kollegen, die zum Offizet übergegangen sind, müssen nach den Richtlinien in den Steindruckerverband übertreten und verlieren dadurch das Recht, in unsrer Sparte zu bleiben. Er forderte die Zentralkommission auf, wenigstens in diesen Fällen die Umstände zu berücksichtigen. Die Namensänderung hätte man ruhig beiseite lassen sollen. Auf tariflichem Gebiete streifte er die Anträge, die der Zentralkommission als Material überwiesen worden sind. In der Diskussion wurde für und wider die Leipziger Beschlüsse gesprochen, auch das Rundschreiben der Zentralkommission über Leistungszulagen gestreift und letzteres hauptsächlich von Frankfurt abgelehnt.

Unter „Verschiedenem" wurde manche Anregung im Sparteninteresse behandelt. Die Kollegen Ackermann und Hoyer machten Ausführungen über die Verteuerung des Papiers. Nachdem noch als nächster Tagungsort, falls finanziell im nächsten Jahr eine Konferenz möglich ist, Stettin bestimmt worden war, schloß der Vorsitzende die Konferenz mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unsre Sparte und den Verband. Den Frankfurter Kollegen sei für die gute Aufmachung und die gehabte Mühe hier Dank ausgesprochen.

Im Anschluß an die Konferenz fand eine allgemeine Druckerversammlung statt, ergänzt durch eine Ausstellung der neuesten Drucksachen, die reichen Anklang fand. Der Besuch seitens der Frankfurter Kollegen war gut, die umliegenden Orte waren nur mäßig vertreten. Hier hielt Kollege Ackermann sein Referat über die tariflichen Bestimmungen, und Kollege Hoyer brachte einen vortrefflichen Vortrag über maschinentechnische Zeitfragen zu Gehör. Reicher Beifall belohnte beide Referenten für ihre guten Darbietungen. Eine Diskussion fand der vorgerückten Zeit wegen nicht statt. Ein gemeinsamer Spaziergang nach der „Kleistshöhe" und ein Kommers mit Damen schlossen die gutgelungene Veranstaltung ab. △

Korrespondenzen

Berlin. (Korrektoren.) In der Oktoberversammlung brachte der Vorsitzende zunächst dem anwesenden Kollegen Voigt zu seinem 50jährigen Berufsjubiläum die besten Wünsche des Vereins dar. Nach einigen Neuaufnahmen gab dann Kollege Reich einen Bericht über die durch den Berliner Maschinenmeisterverein in Frankfurt a. d. O. veranstaltete Vorständekonferenz, zu der sämtliche Berufsparten eingeladen waren. Unterseits wurde dieser Tag gleichzeitig zu einer Zusammenkunft mit den dortigen Korrektoren benutzt; ebenfalls wurde die Gründung einer Ortsgruppe in Zossen lebhaft besprochen und befürwortet. Unter „Vereinsmitteilungen" wurde das Verhalten einiger Prinzipale beleuchtet, die sich noch weigern, ihren tariflichen Verpflichtungen den Korrektoren gegenüber nachzukommen. Kollege Freibitter streifte dann die Frage der Arbeitslosen und wünschte, baldige Schritte zur wirtschaftlichen Besserstellung derselben zu unternehmen. Dem Antrage des Vorstandes, die Beiträge ab 1. November auf 4 M. pro Woche zu erhöhen, wurde einstimmig stattgegeben. In Ergänzung dessen wurde weiter beschlossen, daß ab 31. Dezember die Restanten ihre Reste in der jeweiligen Beitragshöhe zu entrichten haben. Um den arbeitslosen Kollegen den Besuch der Versammlungen weiter zu ermöglichen, soll in der nächsten Versammlung für unsre Mitglieder ein Zuschuß aus der Vereinskasse mit sofortiger Wirkung beschlossen werden. — Nächste Versammlung am Sonntag, dem 12. November.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinensetzerverein.) In der Versammlung am 1. Oktober gab der Vorsitzende nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten die Bewegungsstatistik des letzten Vierteljahrs bekannt. Ende September hatte der Verein 1478 Mitglieder. Alsdann berichtete der Vorsitzende kurz über das Ergebnis der Tarifverhandlungen, das sehr mager für uns Maschinensetzer gewesen sei. Auf die allgemeine Lage eingehend, meinte er, daß unsre Konjunktur sich in den letzten Wochen verschlechtert habe. Bei dieser Gelegenheit erläuterte der Vorsitzende die Demobilmachungsbestimmungen, die sich auf Entlassungen von Arbeitnehmern beziehen. Grundsatz der Verordnung sei: erst Arbeitsstreckung, dann Entlassungen. Er riet deshalb, bei allen etwa vorkommenden Fällen sich zu verständigen. Bei uns bestehe die Pflicht, Disziplin zu halten. Wenn wir uns vereint der Krise entgegenstellen und vereint alles zu ertragen versuchen, würden wir die Feuerprobe bestehen. Für die in bittere Not geratene Familie eines kurz vor Ende des Krieges gefallenen Kollegen wurde beschlossen, eine Geldsammlung in den Druckereien in die Wege zu leiten. Die Kollegen wurden ersucht, die eingesammelten Gelder an den Vorsitzenden einzusenden. Zur Aufnahme meldeten sich 16 Kollegen — Nächste Versammlung am 5. November.

Chemnitz. Die außerordentliche Generalversammlung am 10. Oktober erhöhte den Ortsvereinsbeitrag auf 4 M. wöchentlich. Gauvorsteher Oertelt gab einen kurzen Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses. In der Aussprache wurde die Geltung des Abschlusses auf vier Wochen scharf kritisiert und zurückgewiesen, auch die Höhe der Zulage genüge nicht. Mißbilligt wurde das vollständig ablehnende Verhalten der Prinzipale in bezug auf bessere Lehrlingsentlohnung. Angenommen wurde folgende Entschließung: „Die Mitgliedschaft Chemnitz lehnt das magere Ergebnis der neuen Lohnverhandlungen, welches in keiner Weise der weiter anhaltenden Teuerung entspricht, ab und fordert die Gehilfenvertreter auf, innerhalb 14 Tagen erneute Verhandlungen mit den Unternehmern aufzunehmen." Ein Antrag, das Graphische Kartell aufzufordern, eine Versammlung einzuberufen mit dem Thema: „Teuerung und Reichsbetriebsrätekongreß", mit einem Referenten vom Kontrollausschusse, wurde abgelehnt.

Dessau. Die hier vor kurzem abgehaltenen Gehilfenprüfungen haben ein klägliches Resultat ergeben. Da die größeren Druckereien hier am Orte sich nicht um die Prüfungen kümmern, liegen diese in den Händen der vor einigen Jahren gegründeten Zwangsinnung, die die Kleindrucker Anhalts umschließt. Der Spiritus rector und Schriftführer dieser rückständigen Vereinigung ist der hiesige Fachlehrer Schmidt, früher in Magdeburg. Lieben die Prüfungsergebnisse seit einigen Jahren schon zu wünschen übrig, so die letzten noch mehr. Eine Prüfungsnote getraute man sich schon gar nicht mehr zu geben, es hieß einfach nur „Bestanden". Mit einer Ausnahme waren die Prüflinge aus Kleindruckereien. Hätten die Prüfenden richtig durchgegriffen, so hätten mehrere zurückgewiesen werden müssen, darunter einer zum zweiten Male. Wer die Schuld trägt an diesem Prüfungsergebnis, ob die Lehrer oder die Fachschule, das ist uns leider nicht möglich, zu untersuchen. An der Gehilfenschaft liegt die Schuld nicht, da diese sich mit den Lehrlingen alle Mühe gibt in der Lehrlingsabteilung. Leider erscheint an den regelmäßigen Lehrlingsabenden von 26 Lehrlingen nur etwa ein Dutzend. Es müssen hier von seiten des Verbandes Direktiven gegeben werden, daß, wer an den Lehrlingsabenden öfter fehlt, einfach gestrichen wird. Wir können in der Abteilung keine Lehrlinge gebrauchen, die zwar ihre Beiträge regelmäßig bezahlen, denen aber an ihrer Ausbildung gar nichts liegt, die sich bei der Prüfung als Stümper erweisen, mit soundso viel Beiträgen zum Verband übertreten und dann unsrer Kasse zur Last fallen. In der heutigen schweren Zeit, wo nur der vorwärts kommt, der auf der Höhe ist, der seinen Platz voll und ganz ausfüllt, ist für Arme im Geiste im Verbande kein Platz.

Emden. Eine Versammlung am 8. Oktober beschloß, das Maßregeln der durchreisenden Kollegen zu verbieten. Das Ortsgeschenk wurde entsprechend erhöht und es wird abends vom Kollegen Labaan, Schulstraße 13, ausgezahlt.

Freiburg i. Br. Die Versammlung am 10. Oktober sprach sich einmütig gegen die lange Dauer des neuen, vor dem Reichsarbeitsministerium zustande gekommenen Lohnabkommens aus, besonders wo die zweite Rate derartig minimal bemessen wurde, daß dadurch nicht einmal ein Ausgleich für die in Aussicht stehende enorme Brotpreiserhöhung geschaffen werde. Wenn nun bei der bekannten Halsstarrigkeit unsrer Prinzipale keine neuen Verhandlungen vor dem 4. November möglich würden, so sei nicht abzusehen, wie der fortdauernden Verelendung der Buchdrucker bei der immerfort wahnsinnig steigenden Teuerung Einhalt geboten werden könne. Deshalb sei unbedingt eine frühere Einberufung des Tarifausschusses nötig, um es nicht zu einer Katastrophe kommen zu lassen. Über die Geschäftslage im Bezirk und am Orte konnte Vorsitzender Sandfort nur berichten, daß es dank der Inanspruchnahme aller gesetzlichen Bestimmungen möglich war, größere Entlassungen zu vermeiden und an deren Stelle Verkürzarbeiten Platz greifen zu lassen, um einem großen Teil Kollegen wenn auch nur verminderte Arbeitsmöglichkeit zu erhalten. Die hiesigen Buchdrucker sind dadurch zu den häufigsten Kunden des Schlichtungsausschusses geworden.

Glogau. Am 17. September hielt unser Bezirk seine gutbesuchte Bezirksversammlung ab, die von dem Kollegengesangvereine „Gutenberg" mit der Gutenberghymne eröffnet wurde. Nach Begrüßung der erschienenen Kollegen durch den Bezirksvorsitzenden Hauschild erstattete dieser Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr und zugleich über die Tätigkeit in den einzelnen Bezirksorten. Über den Stand der Bezirkskasse berichtete Kollege Friebe, dem von der Versammlung für seine Mühewaltung Entlastung erteilt wurde. Der wöchentliche Bezirksbeitrag wurde auf 1,50 M. erhöht. Kranke Mitglieder erhalten einen Zuschuß von 5 M.; durchreisende ausgesteuerte und nichtbezugsberechtigte Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 10 M. Der Erhöhung des Gaubeitrags auf 3 M. wöchentlich stimmte die Versammlung zu. Einer Nachbewilligung von 278 M. für Ehrengaben an Verbandsjubilare wurde gleichfalls zugestimmt. Die Entschädigung an die Mitglieder des Bezirksvorstandes wurde um 200 Proz. erhöht. Die Mitglieder des Bezirks, die bis zum Schlusse der Versammlung beiwohnten, erhalten Fahrtentschädigung vierter Klasse. Über den Industrieverband referierte Kollege Hauschild. An der Debatte beteiligten sich die Kollegen Rolle (Glogau) und Bochlet (Grünberg), die die Gründung eines Einheitsverbandes befürworteten. Die nächstjährige Bezirksversammlung findet in Grünberg statt. Es folgte noch die Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten.

Köln. (Maschinensetzer.) Eine ziemlich gut besuchte Versammlung, an der auch unser Gehilfenvertreter, Kollege Bertram, teilnahm, fand am 1. Oktober statt. Der wichtigste Tagesordnungspunkt war die vom Kollegen Göbe behandelte Frage: „Was erwarten wir von dem neuen Tarif?" Redner ließ unsre zur Tarifneugestaltung festsetzten Forderungen Revue passieren, deren Erfüllung die Maschinensetzer bestimmt erwarten. Solange man im Tarif eine vorgesehene Stundenleistung bestehen lasse, sei es selbstverständlich, daß auch die Entlohnung entsprechend gestaltet werden müsse. Deshalb sei notwendig, daß der Maschinensetzerauschlag in Prozenten festgesetzt und automatisch bei Lohnerhöhungen seine Auswirkung erfahre. Nur so könnten viele unliebsame Auseinandersetzungen vermieden werden. Die äußerst lebhafte Aussprache verdichtete sich zur Annahme folgender Entschließung: „Die am 1. Oktober 1922 stattgefundene Bezirksversammlung der Maschinensetzervereinigung Köln nahm Stellung zu der bevorstehenden Neugestaltung des Tarifs und stellt sich geschlossen hinter die Zentralkommission, von der sie erwartet, daß sie in Verbindung mit den Gehilfenvertretern nichts unterläßt, um im neuen Tarif die berechtigten Forderungen der Maschinensetzer zur Geltung zu bringen, widrigenfalls alle weiteren Schritte der Zukunft vorbehalten bleiben." Zwei Kollegen wurden aufgenommen. Einstimmig wurde beschlossen, den wöchentlichen Beitrag auf 3 M. zu erhöhen.

Leipzig. (Allgemeine Buchdruckerversammlung am 11. Oktober.) Kollege Gläß gab als Tarifkreisvertreter einen kurzen Bericht über die Tarifausschußsitzung und empfahl Annahme des Abkommens. In der Aussprache über diesen Punkt wurde bemängelt, daß das Abkommen wieder auf vier Wochen abgeschlossen worden ist und die Teuerungszulage in zwei Raten gezahlt werden soll. Mit dieser Zweiteilung müsse nun endlich einmal aufgeräumt werden. Es wurde besonders auf das Steigen des Dollars hingewiesen, das mit Sicherheit eine neue Teuerungswelle hereinbrechen lasse. Die Zulage sei auch schon in dieser Woche überholt und deshalb vollkommen ungenügend. — Anschließend fand eine Gaumitgliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Kollege Helfe eine Erklärung ab, in der er die in der letzten Versammlung gebrauchten unparlamentarischen Ausdrücke gegen den Verbandsvorstand bedauert und zurücknahm. Kollege Hesselbarth, der die Versammlung leitete, gab hierauf den Geschäftsbericht, aus dem besonders der Ausschluß eines unsrer Gewerkschaftskartellbelegierten aus dem Kartellausschusse hervorzuheben ist. Über diese Angelegenheit entspann sich eine ausgedehnte und erregte Aussprache, nach welcher der Beschluß des Gewerkschaftskartells gutgeheißen wurde. Der zweite Punkt der Tagesordnung: „Bericht über die Gauvorsteherkonferenz", wurde wegen vorgerückter Zeit abgesetzt.

München. (Handsetzervereinigung.) Die letzte Handsetzerversammlung nahm einen vom Kollegen Klein erstatteten kurzen Bericht über den Gautag, speziell über die dort zur Sprache gekommene Handsetzervereinigung, entgegen. Hierauf hielt Arbeitersekretär Peschel einen Vortrag über: „Die Stellung der Berufsgruppen innerhalb des Industrieverbandes". Eingangs seiner Ausführungen besprach er die geschichtliche Entwicklung des Metallarbeiterverbandes; derselbe sei jetzt noch nicht als ein Industrieverband anzusehen, sondern erst auf dem Wege zu einem solchen. Redner ist der Auffassung, daß in erster Linie das Verbandsinteresse in Frage komme, dann erst die Berufsinteressen. In der Diskussion, an der sich die Kollegen Hemmerich, Söldner, Krebs und Klein beteiligten, kam fast durchweg zum Ausdruck, daß auch innerhalb des Industrieverbandes die Spartenbewegung nicht zu entbehren sei. Zum Schlusse gab Kollege Klein noch bekannt, daß die Handsetzervereinigung zur Zeit 670 Mitglieder zähle und immer im Zunehmen begriffen sei, so daß sich eine günstige Entwicklung der Handsetzerbewegung voraussagen lasse.

Rundschau

Unterbringung schwerkriegsbeschädigter Buchdrucker. Schwerbeschädigter Linotypesetzer, 33 Jahre alt, ledig, im Sehen nicht behindert, zwölfjährige Praxis, mit dem Mechanismus der Maschine sowie elektrischer Heizung bestens vertraut, an flottes Arbeiten gewöhnt, sucht Dauerstellung. Meldungen offener Stellen erbittet das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.

Die Rückvergütung zur Milderung der Pressenot und die Gewerkschaftspresse. Die Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse vom 21. Juli 1922, über

deren Annahme durch den Reichstagsausschuß und die Zustimmung durch den Reichsrat wir in Nr. 116 berichteten, ist nun, ohne die gewünschte Nachprüfung daran vorzunehmen, Gesetz geworden. Es ist sehr bezeichnend, daß im ursprünglichen Entwurfe die religiösen Sonntagsblätter ausdrücklich als rückvergütungsberechtigt mit aufgeführt waren, während an die Gewerkschafts-, Genossenschafts- und Fachpresse nicht gedacht wurde. Im Reichswirtschaftsministerium scheinen danach auch kirchlich-reaktionäre Spezialitäten vertreten zu sein, die sich Reichswirtschaftsminister Schmidt genauer ansehen sollte. Nur politische Zeitungen und politische Zeitschriften sind nach dem Gesetz an der Rückvergütung beteiligt. Die Einbeziehung der Gewerkschaftspresse soll einer Nachprüfung vorbehalten bleiben, die scheinbar auf den St. Nimmerleinstag verschoben werden wird. Entweder werden aber die Gewerkschaftsblätter im weiteren Sinne mit unter die rückvergütungsberechtigten politischen Zeitschriften gerechnet, oder die angekündigte Nachprüfung erfolgt sofort in der Richtung, daß die Gewerkschaftspresse mit ihrer sehr hohen, nächst der Tagespresse folgenden Gesamtauflage ausdrücklich als unter die Rückvergütung fallend bezeichnet wird. Die politischen Zeitschriften sind meistens nur im verborgenen blühende Blümlein. Die religiösen Sonntagsblätter aufzunehmen, war ein so abweziger Gedanke, daß man in letzter Minute noch von dieser Blamage abkam. Wenn aber für die Millionen von Gewerkschaftsblättern wöchentlich schon ein höherer Papierpreis als für Tageszeitungen gezahlt werden muß, dann ist unter allen Umständen ihnen die Beteiligung an der Rückvergütung zu sichern. Die Arbeiterschaft wird sich das auf keinen Fall bieten lassen, daß ihre Presse ausgeschaltet wird. Die Vorschläge des Reichswirtschaftsrats müssen ebenfalls berücksichtigt werden; namentlich die Anregung, daß auf Rückvergütung nur solche Verleger Anspruch haben, die die Verpflichtungen aus den Lohntarifen der Arbeiter, Angestellten und Redakteure erfüllen. Unverständlich bleibt es, daß der Reichswirtschaftsrat nicht so viel Zeit haben konnte, rechtzeitig zur Verordnung Stellung zu nehmen, damit seine Beschlüsse noch vor Gesetzwerdung Berücksichtigung finden konnten. Zeit zur Vorbereitung der Verordnung war seit Mitte Juli übergenug. Vom Reichswirtschaftsrat wurden dessen Mitglieder Georg Bernhard, Direktor Krämer und Stühler in den Verwaltungsrat der Rückversicherungskasse entsandt. Die Verordnung, die in Nr. 68 des „Reichsgesetzblattes" veröffentlicht ist und auch von der „Papierzeitung" in Nr. 123 wiedergegeben wird, enthält wichtige Bestimmungen, die interessierten Lesern zur Beachtung empfohlen werden.

Die neuen Wucherpreise für Papier und Zellstoff. Auch die Preise für holzhaltige Papiere sind ab 16. Oktober um rund 40 Proz. und für holzfreie Sorten um rund 55 Proz. erhöht worden. Der Preis für Zellstoff zur Herstellung von maschinenglattem Druckpapier wurde um 17½ Proz. gesteigert. Im übrigen hat dagegen der Zellstoffpreis eine Erhöhung um rund 60 Proz. erfahren. Die Akzidenzpapiere haben den zweifelhaften Vorzug, vom Wucherkapital der Zellstoffindustrie erheblich höher eingeschätzt zu werden. Dagegen müssen sich die kaufenden Papierfabriken sowie alle Angehörigen der Papier verbrauchenden Berufe wenden, die durch die Ueberteuerung schwer leiden.

Das Ende von Meyers Konversationslexikon. Unter dieser Spitzmarke berichteten wir in Nr. 122 über die Unmöglichkeit, das allgemein bekannte und beliebte zwölfbändige Nachschlagewerk fortzusetzen. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, insonderheit die wahnsinnig hohen Papierpreise, tragen die Schuld an diesem kulturellen Rückschritt. Was uns veranlaßt, die Angelegenheit nochmals zu berühren, ist die erfreuliche Tatsache, daß es dem Verlage des Lexikons, dem Bibliographischen Institut in Leipzig, anerkennenswerterweise gelungen ist, durch eine entsprechende Umstellung des Betriebs andre Aufträge zu erhalten. Infolgedessen brauchten im Setzerpersonal bis jetzt keinerlei Entlassungen zu erfolgen.

Steigende Bücherpreise und bessere Ausstattung. Die Spuren des kulturwidrigen Krieges, die sich in Ausstattung und Inhalt sowie geringer Widerstandsfähigkeit der Bücher stark bemerkbar machten, können nun wohl als überwunden betrachtet werden. Das kaufende Publikum hatte sich gegen den Niedergang der Buchherstellung durch passive Resistenz gewehrt. Die Bücherliebhaber verabscheuten die Kriegsware und verlangten dauerhafte Bücher mit guter Ausstattung und erlesenem Inhalte. Diesem Verlangen trugen die Verleger schließlich Rechnung. Der Pappband verschwand immer mehr, der Halblemenband trat an seine Stelle, und schließlich wagten sich schon Leinen-, Halbleder- und sogar Ganzlederbände hervor. Das Papier wurde ebenfalls immer besser und heute werden schon viele Bücher auf holzfreiem Papier gedruckt. Das macht natürlich die Bücher erheblich teurer. Die großen Preissteigerungen aber wurzeln in unserm wirtschaftlichen Zusammenbruche, dessen Ursachen der Kollegenschaft bekannt sind. Der Verleger berechnet jetzt seine Bücher nach dem sogenannten Schlüssel von 110. Für ein Buch, das er früher mit 4 M. berechnete, kann er jetzt 440 M. verlangen. Ein Buch für 3000 M. kostet z. B. nach der Schweiz 40 Fr., nach Frankreich 80 Fr. und nach der Tschechoslowakei 170 Kr. Wo alles steigert, kann es der Buchverleger allein nicht unterlassen. Die Bücherpreise sind jetzt erst je nach Zeit der Herstellung um etwa das 80- bis 110fache gestiegen, während z. B. für Schokolade schon über das 200fache und für Margarine sogar das 400fache verlangt wird. Auch auf dem Büchermarkte spricht man von einer Steigerung in kurzer Zeit auf etwa das 200fache der Vorkriegspreise. Das wäre im Interesse des kulturellen Aufstiegs sehr zu bedauern. Die geistige Nahrung tritt gegenüber der körperlichen leider bedeutend in den Hintergrund und die beteiligten Berufe müssen dem durch mäßige Preissteigerung Rechnung tragen, wenn sie nicht noch größeren Schaden nehmen wollen. Gegenüber den Preisen für andre Erzeugnisse ist jedenfalls ein Buch heute immer noch billig; auch im Verhältnisse zum Einkommen noch billiger als zur Vorkriegszeit. Möge es so bleiben. Das bücherkaufende Publikum kann nicht besser tun, als seine Bedürfnisse jetzt zu decken. Es würde dadurch Anregung zur Herausgabe neuer Bücher gegeben, was bei dem hohen Anlagekapital von etwa 1000000 M. für das Buch wohl bedacht werden muß. Neue Arbeitsgelegenheit für die Buchdruckergehilfenschaft würde dadurch geschaffen.

Deutsche Bücher für das Ausland. Sonderbarerweise tritt auf dem deutschen Büchermarkte das Ausland mit als wichtigster Käufer auf. Das Ausland kauft solche Mengen an deutschen Büchern, daß man zuweilen darüber im Zweifel ist, ob das deutsche Buch im Inland oder im Ausland mehr Leser besitzt. Was geht an schönen deutschen Märchenbüchern, an Klassikern nach Holland und vor allem in die Tschechoslowakei! Ein Jahr nach Kriegsschluß etwa hatte die Buchausfuhr durch die Entwertung der Mark so stark eingesetzt, daß Maßnahmen notwendig wurden. Es wurde eine Aufbandelsstelle geschaffen, die die Ausfuhrerlaubnis nur dann erteilte, wenn ein Valutaausgleich von 200 Proz. gezahlt wurde. Zunächst ließ die Ausfuhr zweifellos nach. Heute gestaltet sich trotz Valutaabgabe der Verkehr wieder außerordentlich lebhaft. Neuerdings helfen sich viele Verleger, indem sie den Buchpreis in der Währung des betreffenden Landes (in Dollar, Pfund oder Kronen) errechnen. Möge das deutsche Buch im Auslande dazu beitragen, daß Völkerhaß und Mißgunst verschwinden, und daß so manches Vorurteil gegen Deutschland korrigiert wird, das man sich jenseits der Grenzpfähle auf Grund deutschreaktionärer und ententeimperialistischer Umtriebe gebildet hatte. Leider werden aber deutschreaktionäre Schriften, die dem Völkeraufstieg direkt entgegenarbeiten, nicht minder vom Auslande gekauft.

Warnung vor Arbeitsannahme im Ausland. Es ist aufgefallen, daß im besetzten Gebiet in letzter Zeit große Arbeitertrupps von französischen Agenten nach Frankreich und Belgien angeworben und auch dorthin abtransportiert worden sind. Auch haben junge Arbeiter aller Berufe um Unterstützung zur Einreise in das besetzte Gebiet ersucht. Man vermutet nun, daß es sich um Massenanwerbungen für die Fremdenlegion handelt, und zwar unter dem Vorwande, daß sie beim Wiederaufbau beschäftigt werden sollen. Mitglieder unsres Verbandes fallen auf solche Anwerbungen nicht herein, wenn sie sich vorschriftsmäßig vor Arbeitsannahme im Auslande mit dem Orts-, Gau- oder Verbandsvorstand in Verbindung setzen. Für Frankreich erteilt auch Auskunft das Comité central de la Fédération française des Travailleurs du Livre, 62 rue St. Antoine, Paris IVe.

Literarisches

„Was ist Staatserbrecht?" 1. Heft der „Finanzpolitischen Zeitfragen", herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Reichserbrecht. Die entsetzliche Finanznot hat den Verfasser veranlaßt, durch eine besondere deutsche Gesellschaft, der jeder angehören kann, volkstümliche finanzpolitische Belehrung in weitesten Kreisen zu verbreiten. Die Gesellschaft ist vor einiger Zeit durch führende Männer der Gewerkschaften und der Wissenschaft in Frankfurt a. M. (Röderbergweg 96 100) gegründet worden und tritt mit dieser Schrift, die u. a. Beiträge von Wissell, Kuczynski, Quarck, Rathenau sowie den Professoren v. Blume und Tönnies enthält, zum erstenmal in die Öffentlichkeit. Das Fazit aus dem Hefte ist, daß man die Wiederkehr der Kreditfähigkeit Deutschlands nicht nur von der Einsicht der Entente erwartet, sondern daß man für unsre Wirtschafts- und Finanzzukunft auch an deutsches Wollen und Können appelliert. 36 Seiten. Preis 40 M. Verlag Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Wittelbach), Stuttgart.

Verschiedene Eingänge

„Jungbuchdrucker." Fachzeitschrift für die Lehrlingsabteilung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Herausgegeben vom Bildungsverbande der Deutschen Buchdrucker. Nr. 9. September 1922. Der Leitaufsatz macht mit dem weiteren Ausbau des „Jungbuchdruckers" bekannt, daß er jetzt halbmonatlich erscheint, und zwar einmal mit mehr fachtechnischem und das andre Mal mit mehr gewerkschaftlichem und allgemeinbildendem Inhalte. Mitglieder der Lehrlingsabteilung erhalten den „Jungbuchdrucker" durch die Vorstände auch weiterhin umsonst; für Nichtmitglieder kostet er durch die Post vierteljährlich 24 M. Alle unsre Jungmannen sollten sich die Vorteile, die ihnen durch ihre Mitgliedschaft geboten werden, nicht entgehen lassen. Der Beitrag ist ab 1. Oktober mit 3 M. immer noch gering. Fand der „Jungbuchdrucker" schon bei monatlich einmaligem Erscheinen allseitige Anerkennung, so wird es künftig noch weit mehr geschehen; er wird erst recht das Leibblatt aller strebsamen Lehrlinge werden. Geschäftsstelle: Leipzig, Salomonstraße 8.

Briefkasten

J. C. in K.: Besten Dank. — W. M. in A.: Bestätigen Eingang. Artikel enthält eine Reihe fundamentaler Irrtümer, die nicht so hinausgehen können. — A. K. in M.: Unter freundl. Spezialgrüßen wird Eingang bestätigt. — A. B. in L.: Auch für Sie gilt die erste Briefkastennotiz in Nr. 122 über künftige Abweisung von Weihnachtsmanuskripten. — C. Sch. in Altenburg: Die betreffende Adresse finden Sie in der Rundschau der Nr. 122. Porto erhalten Sie gelegentlich zurück. — L. K. in Berlin: War leider erst in heutiger Nummer möglich. — L. K. in Bln.: 150 und 165 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Adressenveränderung

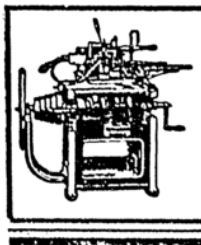
Wismar i. M. (Bezirk und Ort.) Kassierer: Franz Volke, Kanalstraße 22 I.

Arbeitslosenunterstützung

Flensburg. Den durchreisenden Kollegen zur Nachricht, daß die Wohnung des Reisekassenverwalters Paul Reinhardt sich nunmehr Turnerstraße 3 befindet. Auszahlzeit von 4½ bis 5 Uhr nachmittags.

Versammlungskalender

Waldenburg i. Schl. Versammlung Sonnabend, den 28. Oktober, abends 7 Uhr, im Vereinszimmer der „Gorkauer Bierhalle".



Neue Komplettgießmaschinen System Foucher

Type I: für Schrift u. Ausschluß von 6 bis 14 Punkten.
Type II: für Schrift u. Ausschluß von 16 bis 48 Punkten.

Kurzfristig lieferbar!

Ersatzteile für Einzeltypen-Setzmaschinen!

Maschinenfabrik Ebersbach, Leipzig 3.
Tel.: 11966.

Zur Leitung unsrer ausgedehnten Setzereiabteilung für fremdsprachlichen Inseratenteil (englisch, französisch, spanisch) suchen wir zu sofortigem bzw. baldmöglichstem Eintritt einen arbeitsfreudigen [220

Setzereifaktor

der dem umfangreichem Personale mit Tatkraft vorstehen kann.
Bewerbungen mit Angabe bisheriger Tätigkeit, Sprachkenntnisse, Ansprüche an
Vogelverlag, Abt. 211, Pößneck i. Th.

Jüng., flott. Typographsetzer
guter Maschinenkenner u. -pfleger, sucht sich sofort zu verändern.
Angebote erbeten an Friedr. Rosinski, Rastenburg (Ostpr.), Rheiner Weg 1.

Typographsetzer
(U. B) ledig, sucht sich in angenehme Stellung zu verändern. [214
Karl Stock, Rinteln a. W., Bäckerstraße 41.

Durchaus tüchtiger
Tiegeldrucker
nur erste Kraft, auch im Prägedruck erfahren, zu sofortigem Eintritt gesucht.
Bewerbungen mit Angabe über bisherige Tätigkeit erwünscht. [221
Vogelverlag, Abt. 212, Pößneck i. Th.

Russisch! Deutsch!
Monotypesetzer
Modell C und D, langjährige Praxis, sucht Stellung für Deutsch und Russisch, eventuell auch als Handsetzer. Off. an Hafelau, Berlin S61, Lehniner Str. 40 b. I.

Wer Geld verdienen will
muß mit eisernem Fleiß seine Kenntnisse bereichern. Versäumen Sie nicht, noch heute ausführlichen Prospekt für Ihre Teilnahme am Fernunterricht i. „Mäsers Buchführung für Druckereien" nach neuzeitlichen Grundsätzen vom Verlage Julius Mäser, Leipzig-N., Senefelderstraße 13 17 zu verlangen. Beginn der neuen Kurse am 1. November.

Gautschbriefe zu 10 und 30 Mk. (Porto u. Verpackung gesondert) empfiehlt K. Siegl, München 9.

Teilzahlung
Kataloge umsonst und portofrei.
Katalog a: Photo-Apparate aller Art / Sämtliche Photo-Artikel
Katalog b: Lederwaren aller Art, Koffer, Rucksäcke, Schirme, Reisegläser, Reisezeuge
Jonass & Ko., Berlin P 407
Belle-Alliance-Straße 7-10

Der Inseratenakquisiteur
Ein Handbuch für Theorie und Praxis. Von L. Fallinger. 35 Mk. postfrei durch K. Siegl, München 9.

19jähriger Akzidenz- u. Inseratensetzer sucht für sof. Ausbildungsmöglichkeit als [222
Maschinensetzer
an Linotype oder Typograph; gleichbie bend wohin. Werte Angebote erbittet Karl Ott, Donaueschingen (Baden).

Am 15. Oktober verschied nach 15wöchigem schweren Krankenlager unser lieber Kollege und langjähriger Haushaltsverwalter, der Maschinenmeister [224

Oskar Senftler

im Alter von 40 Jahren.
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen guten Kollegen und pflichteifrigen Funktionär. Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.
Er ruhe in Frieden!
Die Maschinenmeister der Firma H. S. Hermann & Ko., Berlin.

Am 15. Oktober verstarb nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege und früherer zweiter Kassierer, der Drucker [223

Oskar Senftler

Im Alter von 40 Jahren. Wir verlieren mit dem Dahingeschiedenen einen tüchtigen Funktionär, der sich um unsre Sparte sehr verdient gemacht hat.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Der Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister.

Verlag: Treuhandverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, G. m. b. H., Berlin. — Verantwortlicher Redakteur: Karl Schaefler in Leipzig, Salomonstraße 8. — Druck: Radelli & Hille in Leipzig.